
05/2016

**Amtliches Mitteilungsblatt
der BTU Cottbus - Senftenberg**

01.04.2016

I n h a l t

Berufungsordnung der Brandenburgischen Technischen Universität

Seite
2

Cottbus - Senftenberg vom 31. März 2016

Berufungsordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus - Senftenberg vom 31. März 2016

Nach § 40 Abs. 5 Satz 5 des Gesetzes zur Neuregelung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg – Brandenburgisches Hochschulgesetz (BbgHG) vom 28. April 2014 (GVBl. I/14, Nr. 18)), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 01. Juli 2015 (GVBl. I/15 Nr.18) – sowie § 3 Satz 2 Nr. 2 i. V. m. § 16 Abs. 2 Nr. 1 der Grundordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (GO BTU) gibt sich die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) folgende Satzung:

Inhalt

Abschnitt 1: Allgemeine Vorschriften	2
§ 1 Geltungsbereich	2
§ 2 Grundsätze.....	2
Abschnitt 2: Ordentliche Berufungsverfahren	3
§ 3 Zuweisung.....	3
§ 4 Ausschreibung	3
§ 5 Bewerbungen	4
§ 6 Wahl und Zusammensetzung der BK	5
§ 7 Allgemeine Regelungen zu den Sitzungen der BK	5
§ 8 Hochschulöffentliche Präsentation	6
§ 9 Vergleichende Gutachten	6
§ 10 Berufungsvorschlag.....	7
§ 11 Prüfung des Berufungsverfahrens	8
§ 12 Ruferteilung.....	8
§ 13 Berufungsverhandlung, Rufannahme und Ernennung.....	9
§ 14 Stimmrecht und Beschlussfassung....	9
§ 15 Vertraulichkeit, Unbefangenheit.....	10
Abschnitt 3: Gemeinsame Berufungen	10
§ 16 Voraussetzungen und Zusammensetzung der BK	10
Abschnitt 4: Befristete und unbefristete Fortsetzung von Angestellten- oder Beamtenverhältnissen	10
§ 17 Entbehrlichkeit der Ausschreibung	10
§ 18 Vorbereitung und Entscheidung in den Gremien	10
§ 19 Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten	11
Abschnitt 5: Vorschriften zur Feststellung der Bewährung von Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen	11
§ 20 Bewertungsverfahren	11

§ 21 Selbstbericht der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors	12
§ 22 Bewertung der Forschungstätigkeit und externe Gutachten.....	12
§ 23 Bewertung der Leistungen in der Lehre	12
§ 24 Stellungnahme des Fakultätsrats	13
§ 25 Entscheidung über die Bewährung....	13
§ 26 Tenure Track.....	13
Abschnitt 6: Verfahren zur Bestellung von Honorarprofessoren und Honorarprofessorinnen.....	14
§ 27 Allgemeine Regelungen	14
§ 28 Bestellungs voraussetzungen.....	14
§ 29 Verfahren zur Bestellung	14
§ 30 Antrittsvorlesung	15
§ 31 Stimmrecht und Beschlussfassung....	15
§ 32 Vertraulichkeit, Unbefangenheit	15
§ 33 Rückgabe und Entziehung einer Honorarprofessur, Verabschiedung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren	16
Abschnitt 7: Exzellenzberufungen	16
§ 34 Voraussetzungen	16
§ 35 Verfahren	16
§ 36 Vertraulichkeit, Unbefangenheit	17
§ 37 Außerordentliche Berufung	17
Abschnitt 8: Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen	17
§ 38 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen	17

Abschnitt 1: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

¹Diese Ordnung gilt für die Verfahren der Berufung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern im Sinne des BbgHG (W2- / W3-Professuren, Juniorprofessuren), für die Feststellung der Bewährung von Juniorprofessorinnen und -professoren und für die Bestellung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren. ²Sie soll ein qualitätsgesichertes Berufungsverfahren gewährleisten, das die Profilbildung der BTU wirksam unterstützt.

³Sofern die Berufsordnung keine Regelung zu einem Punkt trifft, gelten die GO BTU, das BbgHG und das Gesetz zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz.

§ 2 Grundsätze

(1) Die Besetzung von Stellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern erfolgt unter Berücksichtigung der Struktur- und Entwick-

lungsplanung (Hochschulentwicklungsplan - HEP) und der darin enthaltenen Personalplanung.

(2) Die Dekanin oder der Dekan teilt mit dem Antrag auf Besetzung den gewünschten Dienstantrittstermin mit.

(3) Der Präsident oder die Präsidentin kann nach Anhörung des Senates ein Verfahren, das erheblich von diesem Termin abweicht, beenden.

(4) In den Fakultäten, in denen ein erweiterter Fakultätsrat (eFR) eingerichtet wurde, werden die nach dieser Satzung dem Fakultätsrat (FR) zugewiesenen Aufgaben ggf. durch den jeweiligen eFR wahrgenommen.

(5) ¹In Fällen, in denen eine Professur keiner Fakultät zugeordnet ist, übernimmt der Senat diejenigen Funktionen, die in dieser Satzung dem FR zugeordnet sind. ²Alle entsprechenden Regelungen sind analog anzuwenden.

(6) ¹In Fällen, in denen eine Professur mehreren Fakultäten zugeordnet ist, gilt § 16 Abs. 2 und 3 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Forschungseinrichtung die jeweils andere Fakultät tritt. ²Alle entsprechenden Regelungen sind analog anzuwenden.

Abschnitt 2: Ordentliche Berufungsverfahren

§ 3 Zuweisung

(1) Der Fakultätsrat beschließt auf der Grundlage des von der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde genehmigten HEP gem. § 40 Abs. 1 Satz 2 BbgHG das Profil und die Ausschreibung der zur Besetzung geplanten Professur bzw. Juniorprofessur.

(2) Die Dekanin oder der Dekan sendet den Beschluss mit dem Antrag auf Besetzung, dem in der Fakultät beschlossenen Ausschreibungstext und der Ausbildungsplanung an den Präsidenten oder die Präsidentin.

(3) ¹Die Ausbildungsplanung enthält eine Gegenüberstellung der Soll-Vorgaben gem. HEP und die Darstellung der vorhandenen Ausstattung. ²Eine über die Soll-Vorgaben hinausgehende Ausstattung ist zu begründen. ³Über die Gewährung entscheidet die Präsidentin oder der Präsident im Einvernehmen mit der Kanzlerin oder dem Kanzler spätestens vor Abschluss der Berufungsverhandlung.

(4) Wird eine Professur oder eine Juniorprofessur planmäßig frei, beantragt die Dekanin oder der Dekan die Besetzung dieser Stelle möglichst 18 Monate vor dem Freiwerden.

(5) Die Präsidentin oder der Präsident weist auf der Grundlage des HEP auf Antrag der Dekanin oder des Dekans der Fakultät die auszuschreibende Stelle zu.

(6) Der Präsident oder die Präsidentin gibt dem Senat die Ausschreibung zur Kenntnis.

(7) Die Stellenausschreibung ist der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde mit einer Frist von drei Wochen vor der Veröffentlichung anzuzeigen.

§ 4 Ausschreibung

(1) Die Ausschreibung wird unverzüglich nach Fristende gem. § 3 Abs. 7 veröffentlicht, sofern die für die Hochschulen zuständige oberste Landesbehörde keine Einwände erhebt.

(2) ¹Stellen für Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sind öffentlich in einschlägigen Fachzeitschriften und i. d. R. international auszuschreiben. ²Eine Veröffentlichung der Ausschreibung auf der Homepage der BTU ist nicht ausreichend.

(3) ¹Eine Ausschreibung einer Professur ist im Benehmen mit der Gleichstellungsbeauftragten nicht notwendig, wenn eine befristet berufene Professorin oder ein befristet berufener Professor nach positiver Evaluation unbefristet berufen bzw. das Dienstverhältnis verlängert werden soll. ²Voraussetzung hierfür ist, dass die Professur ursprünglich unbefristet bzw. unter Hinweis auf eine Verlängerungsoption ausgeschrieben war.

³Eine Ausschreibung ist im Benehmen mit der Gleichstellungsbeauftragten ebenfalls nicht notwendig, wenn eine Juniorprofessorin oder ein Juniorprofessor auf eine unbefristete Professur berufen werden soll. ⁴Für den Ausschreibungsverzicht bei Juniorprofessuren ist der Einzelfall zu begründen.

(4) Die Bewerbungsfrist soll mindestens 4 Wochen betragen.

(5) Die Fakultät soll geeignet erscheinende Bewerber und insbesondere Bewerberinnen über die Ausschreibung informieren und zur Bewerbung auffordern.

(6) Die Stellenausschreibung soll mindestens enthalten:

- a) organisatorische Zuordnung
- b) Denomination und Besoldungsgruppe
- c) voraussichtlicher Zeitpunkt der Einstellung
- d) ggf. Hinweis auf befristete Einstellung
- e) zu erfüllende Aufgaben in Lehre, Forschung, Wissens- und Technologietransfer, in der akademischen Selbstverwaltung und im Wissenschaftsmanagement
- f) Hinweis auf die Einstellungs Voraussetzungen gemäß § 41 BbgHG und fachspezifische Kriterien
- g) Hinweis auf englischsprachige Lehrveranstaltungen
- h) Hinweis auf die Gleichstellung von Frauen und Männern
- i) Hinweis auf die Unterstützung von Doppelkarrierepaaren
- j) Hinweis auf die besondere Familienorientierung
- k) Hinweis auf die bevorzugte Berücksichtigung von schwerbehinderten Menschen bei gleicher Eignung
- l) Bewerbungsfrist
- m) Empfängeranschrift an der BTU
- n) Hinweis auf die einzureichenden Unterlagen.

(7) Eine Ausschreibung und die Durchführung eines Berufungsverfahrens ist entbehrlich, wenn Personen übergangsweise bis zur endgültigen Besetzung einer Professorenstelle oder zur Vertretung von Professorinnen wegen Mutterschutz oder von Professorinnen oder Professoren wegen Elternzeit die Wahrnehmung der Aufgaben einer Professorin oder eines Professors übertragen (Professorinnen- oder Professorenstellenvertretung) wird.

§ 5 Bewerbungen

(1) ¹Die Bewerbungen sind an die Dekanin oder den Dekan der jeweiligen Fakultät zu richten. ²Der Eingang ist den Bewerberinnen und Bewerbern durch das Dekanat unter Nennung eines Ansprechpartners bzw. einer Ansprechpartnerin für Rückfragen schriftlich oder in elektronischer Form zu bestätigen.

(2) ¹Die Bewerbungsunterlagen sind aus datenschutzrechtlichen Gründen nur den Personen zugänglich zu machen, die sich im Zu-

sammenhang mit dem Berufungsverfahren aufgrund ihrer Gremienzugehörigkeit oder ihrer sonstigen Tätigkeit damit befassen. ²Ergänzend gelten die §§ 63 Abs. 2 BbgHG sowie 94 und 98 Beamtenengesetz für das Land Brandenburg (Landesbeamtengesetz – LBG) entsprechend.

(3) ¹Die Berufungskommission (BK) kann in begründeten Fällen eine Verlängerung der Bewerbungsfrist für die Dauer von höchstens vier Wochen beschließen. ²Nach Ablauf der Bewerbungsfrist eingegangene Bewerbungen können auf Beschluss der BK für das Verfahren zugelassen werden.

(4) Die Bewerbungsunterlagen sollen beinhalten:

- a) geeignete Nachweise, die die Erfüllung der Einstellungs Voraussetzungen gem. § 41 BbgHG (je nach Anforderung der Stelle) belegen
- b) einen aktuellen tabellarischen Lebenslauf
- c) Kopien der wichtigsten Qualifikationsnachweise
- d) ein aktuelles Verzeichnis der Erfahrungen und Qualifikationen im Bereich der Lehre
- e) ein aktuelles Verzeichnis der wissenschaftlichen Schriften bzw. künstlerischen Veröffentlichungen sowie der sonstigen Leistungen auf dem Fachgebiet.

(5) Bei der Besetzung einer Juniorprofessur sind zusätzlich noch die Fristen des § 45 BbgHG zu beachten.

(6) ¹Bei der Berufung auf eine Professur können Juniorprofessorinnen oder Juniorprofessoren der BTU nur dann berücksichtigt werden, wenn sie nach ihrer Promotion die Hochschule gewechselt hatten oder mindestens zwei Jahre außerhalb der berufenden Hochschule wissenschaftlich tätig waren. ²Im Ausnahmefall können sie auch dann berücksichtigt werden, wenn sie aufgrund ausgezeichneter Lehr- und Forschungsleistungen einen Ruf an eine andere Universität oder Forschungseinrichtung erhalten haben. ³Akademische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der eigenen Hochschule können nur in begründeten Ausnahmefällen und wenn zusätzlich die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen bei der Berufung auf eine Professur berücksichtigt werden. ⁴Gastprofessorinnen und Gastprofessoren der BTU können bei der Berufung auf eine Professur nur dann berücksichtigt werden, wenn sie im Er-

gebnis der vergleichenden Gutachten aufgrund ausgezeichneter Lehr- und Forschungsleistungen aus der Gruppe aller Bewerbungen des jeweiligen Berufungsverfahrens in besonderem Maße herausragen.

§ 6 Wahl und Zusammensetzung der BK

(1) ¹Der FR setzt für die Durchführung des jeweiligen Berufungsverfahrens eine BK gemäß § 40 Abs. 2 BbgHG ein.

²Die Wahl der Mitglieder der BK erfolgt unverzüglich nach der Bestimmung eines Mitgliedes der BK durch den Präsidenten oder die Präsidentin und bei einem gemeinsamen Berufungsverfahren der Bestimmung der Mitglieder durch die außerhochschulische Forschungseinrichtung.

(2) ¹Die Wahl der Mitglieder der BK erfolgt nach Gruppen getrennt. ²Mitglieder, die sich keiner Gruppe zuordnen lassen, werden vom gesamten Fakultätsrat gewählt.

(3) ¹Mitglieder der BK sind in der Regel:

- mindestens fünf Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der Professorinnen und Professoren sowie der Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, welche sich nach § 46 Abs. 1 und 2 BbgHG bewährt haben, davon eine hochschulexterne sachverständige Person und ein Mitglied, welches einer anderen als der berufenden Fakultät angehört
- mindestens ein Vertreter oder eine Vertreterin der Gruppe der akademischen Mitarbeiter und akademischen Mitarbeiterinnen
- mindestens ein Vertreter oder eine Vertreterin der Gruppe der Studierenden und
- mindestens ein Vertreter oder eine Vertreterin der Gruppe der sonstigen Mitarbeiter und sonstigen Mitarbeiterinnen.

²Darin enthalten ist das vom Präsidenten oder von der Präsidentin bestimmte Mitglied.

³Mindestens 40 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder der BK sollen Frauen sein, darunter mindestens eine Hochschullehrerin.

⁴Die derzeitige Stelleninhaberin oder der derzeitige Stelleninhaber darf der BK nicht angehören. ⁵Gleiches gilt für nebenberufliche Professoren und Professorinnen. ⁶Es ist darauf zu achten, dass sämtliche Mitglieder der BK bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens mitwirken können.

(4) ¹Für jede Gruppe ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu wählen, der bzw. die im Falle des Ausscheidens oder der Abwesenheit des Mitglieds der jeweiligen Gruppe dieses mit Stimmrecht vertritt. ²Bis zum Eintritt der Stellvertretung nach S. 1 nehmen die Stellvertreter und Stellvertreterinnen als beratende Mitglieder an den Sitzungen der BK teil.

(5) ¹Als beratende Mitglieder gehören der BK ferner an:

- die Vertrauensperson für Schwerbehinderte, sofern Bewerbungen von Schwerbehinderten vorliegen
- die zuständige Gleichstellungsbeauftragte der BTU oder eine von ihr benannte Vertreterin
- der bzw. die zentrale Berufsbeauftragte oder ein von ihr bzw. von ihm benannter Vertreter oder eine von ihr bzw. von ihm benannte Vertreterin.

²Der Dekan oder die Dekanin kann als beratendes Mitglied an den Sitzungen der BK teilnehmen. ³Weitere beratende Mitglieder können vom FR gewählt werden.

(6) ¹Der Präsident oder die Präsidentin bestimmt gemäß § 40 Abs. 2 Satz 2 BbgHG ein stimmberechtigtes Mitglied der BK.

²Dieses Mitglied gehört i. d. R. einer anderen Fakultät an als der, der die zu besetzende Professur bzw. Juniorprofessur zugeordnet ist.

³Dieses Mitglied hat insbesondere darauf hinzuwirken, dass der HEP bei der Entscheidungsfindung der BK Berücksichtigung findet.

⁴Das Mitglied berichtet der Präsidentin oder dem Präsidenten regelmäßig über den aktuellen Stand des Berufungsverfahrens.

(7) Eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer wird durch den FR mit einfacher Mehrheit zur oder zum Vorsitzenden gewählt.

§ 7 Allgemeine Regelungen zu den Sitzungen der BK

(1) ¹Die BK tritt unverzüglich nach Ablauf der Bewerbungsfrist zusammen, stellt unter Berücksichtigung des von der Dekanin oder dem Dekan avisierten Dienstantrittstermins einen verbindlichen Terminplan auf, legt die näheren Auswahlkriterien auf der Grundlage des Ausschreibungstextes und insbesondere die Verfahrensweise der Begutachtung schriftlich fest.

²Sie sichtet die Bewerbungsunterlagen und

wählt auf der Grundlage der Auswahlkriterien geeignete Bewerberinnen und Bewerber für eine hochschulöffentliche Präsentation (ein Probenvortrag mit Diskussion und eine Probelehrveranstaltung) gemäß § 8 aus.

(2) ¹Stellt die BK fest, dass die Anzahl und/oder die Qualität der Bewerbungen unzureichend ist/sind, beschließt sie im Einvernehmen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin, ob die Wiederholung der Ausschreibung unverzüglich erfolgen soll. ²Der Beschluss ist schriftlich zu begründen. ³Die Bewerber und Bewerberinnen sind über den Beschluss zu informieren.

(3) ¹Nach Durchsicht der eingegangenen Bewerbungen sind geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zur hochschulöffentlichen Präsentation und zum Vorstellungsgespräch einzuladen.

²Schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber sind gem. den Schwerbehindertenrichtlinien des Landes Brandenburg in jedem Fall einzuladen, sofern nicht die grundsätzliche fachliche Nichteignung für die Besetzung der Stelle offensichtlich ist.

³Die Vorschrift aus § 7 Abs. 4 BbgHG zur Gleichstellung von Männern und Frauen ist zu beachten; demzufolge sind i. d. R. alle Bewerberinnen einzuladen, sofern nicht die grundsätzliche fachliche Nichteignung für die Besetzung der Stelle offensichtlich oder die Zahl der Bewerberinnen zu groß (siehe a. a. O., S. 3 Nr. 1) ist.

(4) ¹Die Einladung zu den Sitzungen erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden gem. § 7 Abs. 3 und 4 GO. ²Spätestens mit der Einladung ist das Protokoll der vorangegangenen Sitzung zu übersenden. ³Über jede Sitzung ist ein Protokoll zu fertigen.

§ 8 Hochschulöffentliche Präsentation

(1) Die nach § 7 Abs. 1 ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber werden durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der BK schriftlich zur hochschulöffentlichen Präsentation und einem Gespräch mit der BK eingeladen, die i. d. R. innerhalb von zehn Wochen nach Ablauf der Ausschreibungsfrist stattfinden sollen.

(2) ¹Unverzüglich nach Ablauf der hochschulöffentlichen Präsentation und des Gesprächs mit der BK beschließt diese, welche Bewerberinnen und Bewerber in den Berufungsvor-

schlag gemäß § 40 Abs. 3 Satz 1 BbgHG aufgenommen werden sollen. ²Eine Reihung wird nicht vorgenommen.

§ 9 Vergleichende Gutachten

(1) Dem Berufungsvorschlag sind mindestens zwei vergleichende Gutachten von auf dem Berufungsgebiet anerkannten auswärtigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern oder Künstlerinnen und Künstlern beizufügen.

(2) ¹Die Gutachterinnen und Gutachter sind auswärtig, wenn sie weder haupt- noch nebenberuflich an der Hochschule tätig sind. ²Sie müssen unabhängig, unbefangen und frei von persönlichen Bindungen zu den zu Begutachtenden sein.

(3) Soweit mindestens eine Frau für listenfähig befunden wurde, soll mindestens eine Gutachterin beauftragt werden.

(4) Die Begründung für die Auswahl der Gutachter und Gutachterinnen ist im Protokoll schriftlich darzulegen.

(5) ¹Die oder der Vorsitzende der BK schreibt die Gutachter und Gutachterinnen an und bittet um die Erstellung der Gutachten innerhalb von acht Wochen. ²Das Anschreiben soll einen Hinweis darauf enthalten, dass eine vergleichende Würdigung der Bewerberinnen und Bewerber mit Festlegung einer Platzierung vorzunehmen ist. ³Die Gutachterinnen und Gutachter haben sich zu etwaigen persönlichen oder dienstlichen Verbindungen zu den zu begutachtenden Bewerberinnen bzw. Bewerbern zu erklären. ⁴Der Kriterienkatalog zur Befangenheit gilt entsprechend. ⁵Als Grundlagen für die Erstellung der Gutachten sollen mindestens der Ausschreibungstext, die Bewerbungsunterlagen sowie der HEP dienen. ⁶Die BK kann weitere Gutachten, die innerhalb einer Frist von acht Wochen einzureichen sind, einholen, insbesondere, wenn von Seiten der Gutachter und Gutachterinnen Bedenken gegen die Berufungsfähigkeit einer Bewerberin oder eines Bewerbers bestehen und/oder die Gutachten in ihrer Beurteilung stark voneinander abweichen.

(6) Werden Gutachten in einer anderen als der deutschen oder englischen Sprache vorgelegt, ist durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der BK eine beglaubigte Übersetzung einzuholen.

§ 10 Berufungsvorschlag

(1) Unverzüglich nach Eingang der Gutachten beschließt die BK den Berufungsvorschlag nach Maßgabe des § 40 Abs. 3 BbgHG.

(2) ¹Der nach § 40 Abs. 3 BbgHG zu erstellende Berufungsvorschlag muss dem Grundsatz der Bestenauslese (Art. 33 Abs. 2 GG) Rechnung tragen. ²Die durch die Ausschreibung und das BbgHG vorgegebenen Kriterien für die Bewerberauswahl sind zu beachten. ³Zusätzliche Auswahlkriterien dürfen während des Berufungsverfahrens nicht herangezogen werden.

(3) ¹Die BK stimmt nach Gruppen getrennt über den Berufungsvorschlag ab und legt die Platzierung fest. ²Der Berufungsvorschlag soll mindestens die Namen von drei Bewerberinnen bzw. Bewerbern enthalten.

(4) ¹Bei der Abstimmung unterlegene Mitglieder der Berufungskommission, die Gleichstellungsbeauftragte und die Schwerbehindertenvertrauensperson sowie alle Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fakultät sind berechtigt, dem Berufungsvorschlag ein Sondervotum beizufügen. ²Dieses muss in der Sitzung, in der über den Berufungsvorschlag abgestimmt wird, angekündigt und der bzw. dem Vorsitzenden der Berufungskommission innerhalb einer Frist von einer Woche nach Beendigung der Sitzung schriftlich begründet werden. ³Das Sondervotum ist dem Protokoll der Sitzung beizufügen.

(5) Das zusammenfassende Gutachten der BK muss enthalten:

- a) eine vollständige Darstellung des Verfahrensablaufs
- b) eine Darstellung und Beurteilung der pädagogischen Eignung, der wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Leistungen unter Berücksichtigung der Berufungsvorträge für jeden Listenplatzierten und jede Listenplatzierte
- c) die Angabe der Abstimmungsergebnisse über die Gesamtliste in der BK, gegebenenfalls mit Verweis auf Sondervoten
- d) eine ausführliche inhaltliche Auseinandersetzung mit den vergleichenden Gutachten
- e) eine ausführliche vergleichende Würdigung der Auswahlentscheidung unter Berücksichtigung der Ausschreibung und der Einstellungs Voraussetzungen des BbgHG.

(6) Die Vorlage eines Berufungsvorschlages mit weniger als drei Bewerberinnen oder Bewerbern setzt mindestens eine zweimalige Ausschreibung voraus und ist eingehend zu begründen.

(7) Die Einbringung von Sperrvermerken zugunsten der Erstellung einer Dreierliste soll vermieden werden; vielmehr ist gegebenenfalls eingehend darzulegen, warum der zweite und/oder dritte Platz auch nach zweimaliger Ausschreibung nicht mit einer geeigneten Persönlichkeit besetzt werden kann.

(8) ¹Der Berufungsvorschlag wird durch die BK innerhalb von zwei Wochen nach seiner Erstellung dem Dekan oder der Dekanin zur Kenntnis vorgelegt. ²Der Dekan oder die Dekanin leitet den Berufungsvorschlag unverzüglich dem FR gem. § 72 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BbgHG zur Beschlussfassung zu. ³Der FR beschließt in nichtöffentlicher Sitzung über den Berufungsvorschlag. ⁴Die Stellungnahme der zuständigen Gleichstellungsbeauftragten ist dabei zu berücksichtigen. ⁵Die Abstimmung erfolgt nach Gruppen getrennt. ⁶Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des FR.

(9) ¹Der FR kann dem Berufungsvorschlag zustimmen oder diesen unter Angabe von Gründen an die Dekanin oder den Dekan zurückgeben. ²Der Dekan oder die Dekanin beauftragt die BK ggf. mit der nochmaligen Befassung. ³Die BK kann einen neuen Beschluss vorlegen oder den vorhandenen erneut vorlegen und umfassend begründen.

(10) Der FR kann den Berufungsvorschlag der BK nicht durch einen eigenen ersetzen.

(11) Stimmt der FR auch der dritten Vorlage des Berufungsvorschlages nicht zu, entscheidet der Präsident oder die Präsidentin über die weitere Verfahrensweise.

(12) Nach Beschlussfassung im FR wird die vollständige Berufsakte in zweifacher Ausfertigung an den zentralen Berufsbeauftragten oder die zentrale Berufsbeauftragte übersandt.

(13) Die Berufsakte enthält folgende Unterlagen in der angegebenen Reihenfolge:

- a) Inhaltsverzeichnis
- b) Ablauf-/Terminplan
- c) Kopie der Stellenausschreibung (Printmedium) mit Angabe des Datums der Veröffentlichung

- d) Ausstattungsplanung
- e) Protokoll der Fakultätsratssitzung über die Wahl der BK
- f) Übersicht über die Bewerberinnen und Bewerber
- g) eine Zusammenstellung der Bewerberinnen und Bewerber, die für die Probevorträge nicht berücksichtigt wurden und die Benennung der Gründe der Nichtberücksichtigung; hierbei ist eine Gruppenbildung möglich; allgemeine Feststellungen zur Nichterfüllung der Ausschreibungsanforderungen sind nicht zulässig
- h) eine Zusammenstellung der Bewerberinnen und Bewerber, die zu Probevorträgen eingeladen wurden und die Darstellung der Gründe der Nichtberücksichtigung für den Berufungsvorschlag
- i) Protokolle sämtlicher Sitzungen der BK in chronologischer Reihenfolge
- j) die vergleichenden Gutachten mit Begründung für die Auswahl der Gutachter und Gutachterinnen
- k) zusammenfassendes Gutachten der BK (Abs. 5) mit dem Berufungsvorschlag
- l) Beschluss des FR über den Berufungsvorschlag
- m) ggf. Sondervoten
- n) ggf. die Stellungnahme der Vertrauensperson für schwerbehinderte Menschen (Formblatt zur Prüfung einer Stellenbesetzung nach § 81 Abs. 1 SGB IX - schwerbehinderte Bewerber/Bewerberinnen)
- o) die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten mit dem Prüfbogen zur Sicherung der Qualitätsstandards zur Chancengleichheit von Frauen und Männern
- p) vollständige Bewerbungsunterlagen der platzierten Bewerberinnen und Bewerber.

§ 11 Prüfung des Berufungsverfahrens

(1) ¹Der oder die zentrale Berufungsbeauftragte prüft das Berufungsverfahren auf Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften, insbesondere des BbgHG, dieser Satzung, der Schwerbehindertenrichtlinien und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. ²Nach Abschluss der Prüfung leitet der oder die zentrale Berufungsbeauftragte die Berufsakte

mit einem eigenen Prüfvermerk an die Präsidentin oder den Präsidenten weiter.

(2) Sofern eine ordnungsgemäße Durchführung des Berufungsverfahrens festgestellt wurde, leitet die Präsidentin oder der Präsident die Unterlagen dem Senat zur Entscheidung zu.

(3) Bei Feststellen einer nicht ordnungsgemäßen Durchführung des Berufungsverfahrens gibt der Präsident oder die Präsidentin die Unterlagen unter Angabe der Gründe an die Dekanin bzw. den Dekan zurück.

§ 12 Ruferteilung

(1) ¹Die Präsidentin oder der Präsident erteilt auf Vorschlag des Senats den Ruf zur Besetzung der Professur. ²In dem Ruferteilungsschreiben an die Bewerberin oder den Bewerber ist diese oder dieser über das weitere Verfahren zur Besetzung der Stelle an der BTU zu informieren und wird aufgefordert, sich innerhalb von zwei Wochen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin zwecks Vereinbarung eines Termins für die Berufungsverhandlung in Verbindung zu setzen.

(2) ¹Bei der Ruferteilung ist die Präsidentin oder der Präsident nicht an die im Berufungsvorschlag genannte Reihenfolge gebunden. ²Beabsichtigt die Präsidentin oder der Präsident den Ruf nicht in der Reihenfolge der Listenplatzierung auszusprechen, sind dem Senat und dem FR die Gründe für das Abweichen 10 Tage vor Ruferteilung schriftlich mitzuteilen. ³Der FR und der Senat nehmen hierzu Stellung.

(3) Beruft die Präsidentin oder der Präsident keine vorgeschlagene Bewerberin oder keinen vorgeschlagenen Bewerber, gibt sie oder er den Berufungsvorschlag an die Dekanin oder den Dekan mit der Aufforderung zurück, einen neuen Berufungsvorschlag vorzulegen oder die Beschlussfassung über eine erneute Ausschreibung gem. § 4 herbeizuführen.

(4) ¹Unverzüglich nach Ruferteilung werden die nichtplatzierten Bewerberinnen und Bewerber von der Fakultät informiert, dass in dem Berufungsverfahren ein Ruf erteilt wurde. ²Die weiteren platzierten Bewerber und Bewerberinnen werden durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten unter Mitteilung des Listenplatzes über die Ruferteilung informiert.

§ 13 Berufungsverhandlung, Rufannahme und Ernennung

(1) Der Präsident oder die Präsidentin führt mit der Rufinhaberin oder dem Rufinhaber eine Berufungsverhandlung.

(2) Über die Berufungsverhandlung ist ein Protokoll zu fertigen.

(3) Der Rufinhaber oder die Rufinhaberin erhält unverzüglich nach der Berufungsverhandlung das Protokoll und ein Angebot über die Bezüge.

(4) ¹Die Rufinhaberin oder der Rufinhaber erklärt sich bis spätestens vier Wochen nach Zugang des Protokolls hinsichtlich der Rufannahme. ²Liegt nach Fristablauf keine Erklärung vor, setzt der Präsident oder die Präsidentin eine angemessene einmalige Nachfrist von max. vier Wochen. ³Liegt danach noch keine Erklärung vor, gilt der Ruf i. d. R. als nicht angenommen. ⁴Der Präsident oder die Präsidentin erteilt auf der Grundlage des Berufungsvorschlages einen neuen Ruf.

(5) Nimmt keine auf der Liste platzierte Bewerberin oder kein auf der Liste platzierter Bewerber den Ruf innerhalb der vorgegebenen Frist an, gilt das Berufungsverfahren als erfolglos abgeschlossen.

(6) Nach Rufannahme leitet die Präsidentin oder der Präsident das Einstellungs- und Ernennungsverfahren ein, indem sie oder er die für die Ernennung oder Einstellung erforderlichen Unterlagen an das zuständige Mitglied der Landesregierung übersendet.

(7) Die Bewerbungsunterlagen der nichtberücksichtigten Bewerber oder Bewerberinnen sind frühestens drei Monate nach Dienstantritt des oder der Berufenen zurückzusenden.

§ 14 Stimmrecht und Beschlussfassung

(1) Entscheidungsgremien im Berufungsverfahren sind die BK, der FR und der Senat.

(2) Ein Entscheidungsgremium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder sowie Vertreter und Vertreterinnen von mehr als einer Gruppe anwesend sind.

(3) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des Entscheidungsgremiums.

(4) ¹In dem nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Entscheidungsgremium verfügen die Hochschullehrerinnen und Hochschul-

lehrer bei der Entscheidung in Angelegenheiten, die die Berufung von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren unmittelbar betreffen, über die Mehrheit der Stimmen. ²Darüber hinaus werden Beschlüsse in diesen Angelegenheiten mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. ³Diese Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt.

(5) ¹In Angelegenheiten, die die Berufung von Professorinnen und Professoren oder die Bewährung von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren als Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer unmittelbar betreffen, verfügen Professorinnen und Professoren sowie Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, welche sich nach § 46 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 bewährt haben, über die Mehrheit der Stimmen. ²Darüber hinaus werden Beschlüsse in diesen Angelegenheiten mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. ³Diese Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt.

(6) ¹Bei der Besetzung von Stellen für Professorinnen und Professoren mit der Qualifikation gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 4 lit. a BbgHG gilt für die BK, den FR und den Senat § 8 Abs. 3 GO.

²Bei der Besetzung von Stellen für Professorinnen und Professoren mit der Qualifikation gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 4 lit. b BbgHG soll die Mehrheit der Professorinnen und Professoren in der Berufungskommission die Qualifikation nach § 41 Abs. 1 Nr. 4 lit. b BbgHG besitzen.

(7) Abstimmungen erfolgen grundsätzlich nach Gruppen getrennt.

(8) Bei der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten zur hochschulöffentlichen Präsentation genügt die einfache Mehrheit der Mitglieder der BK.

(9) Beschlüsse im Umlaufverfahren sind unzulässig.

(10) Bei Beschlussunfähigkeit aufgrund mangelnder Teilnahme ist die Sitzung zu vertagen.

(11) Kann ein Beschluss auch im dritten Abstimmungsgang nicht erreicht werden, entscheidet der Präsident oder die Präsidentin unverzüglich, ob das Berufungsverfahren an das vorhergehende Gremium zurückzuverweisen ist oder eingestellt wird.

(12) Die Entscheidungsgremien tagen in nicht-öffentlicher Sitzung.

§ 15 Vertraulichkeit, Unbefangenheit

(1) ¹Die BK verpflichtet sich, die im Zusammenhang mit den Verfahren erlangten personenbezogenen Daten absolut vertraulich zu behandeln. ²Die Erklärung zur Vertraulichkeit ist von jedem Mitglied der BK zu unterzeichnen.

(2) ¹Jedes Mitglied der BK erklärt seine Unbefangenheit entsprechend des Kriterienkataloges. ²Sofern Kriterien zutreffen, die einer Einzelfallentscheidung bedürfen, entscheidet die einfache Mehrheit der BK über den Ausschluss bzw. Verbleib des Mitglieds in der BK. ³Das betreffende Mitglied nimmt an der Abstimmung nicht teil. ⁴Ggf. nimmt künftig der Vertreter oder die Vertreterin des ausgeschlossenen Mitglieds die Aufgaben wahr.

(3) Die Mitglieder des FR und des Senats sind verpflichtet, die im Zusammenhang mit den Verfahren erlangten personenbezogenen Daten absolut vertraulich zu behandeln.

(4) ¹Sofern es Grund zur Besorgnis der Befangenheit eines Mitglieds des FR und / oder des Senats gibt, sind diese dem betreffenden Entscheidungsgremium bekannt zu geben. ²Das Entscheidungsgremium entscheidet mit der einfachen Mehrheit über den Ausschluss oder Verbleib des Mitglieds. ³Das betreffende Mitglied nimmt an der Abstimmung nicht teil. ⁴Ggf. nimmt künftig der Vertreter oder die Vertreterin des ausgeschlossenen Mitglieds die Aufgaben wahr.

Abschnitt 3: Gemeinsame Berufungen

§ 16 Voraussetzungen und Zusammensetzung der BK

(1) Voraussetzung für die Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens ist eine durch die für die Hochschulen zuständige oberste Landesbehörde genehmigte Kooperationsvereinbarung.

(2) Abweichend von den Bestimmungen des Abschnitts 2, § 6 ist die Forschungseinrichtung berechtigt, die Hälfte der den Gruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angehörenden Mitglieder zu bestimmen.

(3) Die weiteren Vorschriften der Abschnitte 1 und 2 bleiben unberührt.

Abschnitt 4: Befristete und unbefristete Fortsetzung von Angestellten- oder Beamtenverhältnissen

§ 17 Entbehrlichkeit der Ausschreibung

(1) Regelungen für Beamtenverhältnisse auf Zeit gelten für befristete Angestelltenverhältnisse entsprechend.

(2) ¹Ein Beamtenverhältnis auf Zeit mit einer Professorin oder einem Professor kann ohne erneute Ausschreibung und Durchführung eines Berufungsverfahrens fortgesetzt werden, wenn die Professur ursprünglich unbefristet bzw. für die Dauer des Verlängerungszeitraumes ausgeschrieben war. ²Soll das Beamtenverhältnis bereits vor Ablauf der Befristung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit umgewandelt werden, muss die Professorin oder der Professor zusätzlich den Ruf auf eine unbefristete und höherwertige Professur an einer anderen Hochschule vorlegen. ³In Fällen von Befristungen wegen Erstberufung gilt § 43 Abs. 2 BbgHG. ⁴Das weitere Verfahren bestimmt sich nach § 13 Abs. 1 - 5 und 7.

§ 18 Vorbereitung und Entscheidung in den Gremien

(1) ¹Spätestens ein Jahr vor Ablauf der Befristung beantragt der befristet berufene Professor oder die befristet berufene Professorin die befristete oder unbefristete Fortsetzung seines oder ihres Beamtenverhältnisses. ²Dem Antrag ist ein Selbstbericht mit folgendem Inhalt beizufügen:

a) Angaben zu den Lehrleistungen während des Beamtenverhältnisses:

- durchgeführte Lehrveranstaltungen
- Ergebnisse der Lehrevaluationen
- Bericht über durchgeführte Prüfungen sowie über die Beratung und Betreuung von Studierenden bei Studien-, Diplom-, Bachelor- und Masterarbeiten
- Teilnahme an didaktischen Fortbildungen
- künftige Projekte und Entwicklungsvorhaben in der Lehre

b) Bericht/Nachweis über betreute Promotionen und Habilitationen

c) Angaben zu den Forschungsleistungen während des befristeten Dienstverhältnisses, z. B. Publikationen, Leitung von / Mit-

arbeit in Forschungsprojekten, Drittmittelanträge, eingeworbene Drittmittel, Tätigkeit als Gutachter oder Gutachterin, künftige Projekte und Vorhaben

- d) Leistungen in der wissenschaftlichen Weiterbildung
- e) Beteiligung an Aufgaben der Studienberatung, Studienreform und Selbstverwaltung
- f) Tätigkeiten im Rahmen der Förderung des Wissens- und Technologietransfers.

(2) ¹Der Dekan oder die Dekanin nimmt Stellung zu dem Antrag und gibt eine Empfehlung ab.

²Sie oder er leitet

- a) den Antrag
- b) den Selbstbericht
- c) die Stellungnahme des Dekans oder der Dekanin mit der Empfehlung
- d) die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten und
- e) ggf. die Stellungnahme der Vertrauensperson für Schwerbehinderte

unverzüglich an den FR zur Beschlussfassung gem. § 14 weiter.

(3) Nach Beschlussfassung im FR leitet die Dekanin oder der Dekan den Beschluss und die in Abs. 2 genannten Unterlagen an die oder den zentralen Berufungsbeauftragten weiter.

(4) Bzgl. der Prüfung des Verfahrens gilt § 11.

§ 19 Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten

(1) Nach der Beschlussfassung im Senat entscheidet der Präsident oder die Präsidentin unverzüglich, spätestens jedoch drei Monate vor Ablauf des Angestellten- bzw. Beamtenverhältnisses, über dessen Fortsetzung bzw. Umwandlung.

(2) Der Präsident oder die Präsidentin trifft die Entscheidung aufgrund der Empfehlung des Dekans oder der Dekanin, der Beschlüsse des FR und des Senats.

(3) Der Präsident oder die Präsidentin informiert die Professorin oder den Professor über die Entscheidung und übersendet dem Ministerium alle notwendigen Unterlagen zur Vorbe-

reitung der Ernennung bzw. leitet die arbeitsvertragliche Umsetzung ein.

Abschnitt 5: Vorschriften zur Feststellung der Bewährung von Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen

§ 20 Bewertungsverfahren

(1) ¹Die Verantwortung für die Durchführung des Bewertungsverfahrens liegt bei der Dekanin oder dem Dekan der jeweiligen Fakultät.

²Die Dekanin oder der Dekan eröffnet das Verfahren, indem sie oder er die Juniorprofessorin oder den Juniorprofessor auffordert, einen Selbstbericht gemäß den Vorschriften dieser Satzung vorzulegen. ³Die Dekanin oder der Dekan teilt dem FR die Eröffnung des Verfahrens mit und fordert diesen auf, eine Bewertungskommission einzusetzen.

(2) ¹Der FR setzt eine Bewertungskommission ein. ²Sie besteht aus mindestens fünf Mitgliedern: drei Professorinnen bzw. Professoren (mindestens ein externer, auf dem Gebiet anerkannter Wissenschaftler oder Künstler bzw. eine externe, auf dem Gebiet anerkannte Wissenschaftlerin oder Künstlerin) und je eine akademische Mitarbeiterin oder ein akademischer Mitarbeiter und ein Studierender oder eine Studierende. ³Auf Antrag der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors kann ein Mentor oder eine Mentorin als beratendes Mitglied in die Bewertungskommission aufgenommen werden. ⁴Im Falle einer gemeinsamen Berufung mit einer außeruniversitären Forschungseinrichtung wird diese in der Bewertungskommission in entsprechender Anwendung von § 16 berücksichtigt.

(3) ¹Die Bewertungskommission bereitet die Stellungnahme des FR über die Feststellung der Bewährung der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors vor. ²Sie erarbeitet hierzu einen schriftlichen Bericht, den sie dem FR zur Beschlussfassung vorlegt.

(4) ¹Das Bewertungsverfahren bezieht sich auf die Leistungen der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors in Forschung und Lehre, auf ihr oder sein Engagement in der universitären Selbstverwaltung sowie Aktivitäten zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

²Der Begriff „Forschung“ schließt Entwicklungsvorhaben im Rahmen angewandter Forschung sowie ggf. künstlerische Entwicklungsvorhaben ein.

³Die Bewertungskommission legt für ihren Bericht folgende Unterlagen zugrunde: Den Selbstbericht der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors, zwei externe Gutachten über die Forschungstätigkeit und die Ergebnisse der Lehrevaluation.

§ 21 Selbstbericht der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors

(1) Mit dem Selbstbericht beschreibt die Juniorprofessorin oder der Juniorprofessor ihre oder seine Aktivitäten in Forschung und Lehre sowie bei der Nachwuchsförderung und der Mitarbeit in der universitären Selbstverwaltung.

(2) Der Selbstbericht ist wie folgt zu gliedern:

a) Forschung

- Nennung und Erläuterung der wichtigsten Forschungsthemen und -ergebnisse
- Übersicht der Anträge auf Drittmittel und der eingeworbenen Drittmittel im Berichtszeitraum
- Verzeichnis der Publikationen im Berichtszeitraum
- Verzeichnis der wissenschaftlichen Vorträge und sonstigen Beiträge zu wissenschaftlichen Tagungen oder Kolloquien
- Betreuung von Promotionen bzw. Aktivitäten zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Tätigkeit als Gutachter oder Gutachterin
- Darstellung der Forschungsk Kooperationen und der interdisziplinären Zusammenarbeit
- Transferaktivitäten (Wirtschaft, Verwaltung, Politik)
- Auszeichnungen und Preise im Berichtszeitraum
- Skizze der Forschungsvorhaben für das vierte bis sechste Jahr der Juniorprofessur

b) Lehre

- Einbindung in den Studiengang/die Studiengänge
- Erläuterung der Lehrformen (Konzeption und methodisches Herangehen)
- Betreuung von Studierenden, Prüfungen und Studienabschlussarbeiten

- Verzeichnis der durchgeführten Lehrveranstaltungen und Darstellung der Lehrinhalte

c) Akademische Selbstverwaltung

Darstellung der Aktivitäten

- in der universitären Selbstverwaltung und in wissenschaftlichen Gremien
- zur eigenen Weiterbildung
- in der außeruniversitären Vernetzung.

(3) Alle Verzeichnisse und Übersichten sind dem Selbstbericht als Anlage beizufügen.

§ 22 Bewertung der Forschungstätigkeit und externe Gutachten

(1) ¹Zu den Aktivitäten und Ergebnissen in der Forschung sind zwei externe Gutachten einzuholen. ²Die Gutachterinnen oder Gutachter werden durch die Bewertungskommission bestellt. ³Die Juniorprofessorin oder der Juniorprofessor kann eine Gutachterin oder einen Gutachter vorschlagen. ⁴Die Unabhängigkeit zwischen Gutachtern oder Gutachterinnen und Juniorprofessorin oder Juniorprofessor muss gewährleistet sein.

(2) ¹Die Gutachten sollen eine Aussage dazu treffen, ob sich die Juniorprofessorin oder der Juniorprofessor nach § 46 Abs. 1 Satz 2 BbgHG bewährt hat. ²Als Grundlage für ihre Gutachten erhalten die externen Gutachterinnen oder Gutachter den von der Juniorprofessorin oder vom Juniorprofessor zusammengestellten Selbstbericht.

³Für eine positive Evaluierung muss erkennbar sein, dass die Juniorprofessorin oder der Juniorprofessor als eigenständige Forscherpersönlichkeit in der Lage ist, ihren oder seinen Forschungs- und Arbeitsbereich selbständig zu gestalten und nach außen zu vertreten und dass sie oder er sich auf einem Erfolg versprechenden Weg befindet, der es ihr oder ihm erlaubt, sich langfristig in der wissenschaftlichen Gesellschaft und im Hochschulbereich zu etablieren.

§ 23 Bewertung der Leistungen in der Lehre

(1) Die Bewertung der Leistungen in der Lehre erfolgt anhand der Ergebnisse der regelmäßigen Lehrevaluation und der Evaluation des Lehrkonzeptes der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors.

(2) ¹Die Juniorprofessorin oder der Juniorprofessor ist verpflichtet, ab einschließlich des 3. Semesters ihrer oder seiner Tätigkeit an der Lehrevaluation teilzunehmen. ²Dabei sollen möglichst alle ihre oder seine Lehrveranstaltungen einbezogen werden.

(3) Die Bewertungskommission fordert nach Eröffnung des Bewertungsverfahrens die Auswertung der Lehrevaluation von der durchführenden Stelle an.

§ 24 Stellungnahme des Fakultätsrats

¹Der FR berät den Bericht der Bewertungskommission. ²Im Anschluss daran übergibt er der Dekanin oder dem Dekan seine Stellungnahme zur Frage der Bewährung. ³Der Bericht der Bewertungskommission ist dieser Stellungnahme beizufügen.

§ 25 Entscheidung über die Bewährung

(1) ¹Die Dekanin oder der Dekan entscheidet über die Bewährung der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors und teilt ihre oder seine Entscheidung unverzüglich der Juniorprofessorin oder dem Juniorprofessor, dem FR und der Präsidentin oder dem Präsidenten mit. ²Die Entscheidung ist schriftlich zu begründen.

(2) ¹Die Verfahrenseröffnung erfolgt spätestens sieben Monate vor Ablauf der bis zu vierjährigen Beschäftigungszeit der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors.

²Das Verfahren soll nach folgendem Zeitplan abgewickelt werden:

Verfahrensschritt	Dauer	Ende des Verfahrensschrittes (= Wochen vor Fristablauf)
Verfahrenseröffnung durch die Dekanin oder den Dekan und Benennung der Bewertungskommission durch den FR	2 Wochen	26 Wochen
Selbstbericht der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors	4 Wochen	22 Wochen
Bericht der Gutachterinnen oder Gutachter	8 Wochen	14 Wochen
Bericht der Bewertungskommission	2 Wochen	12 Wochen

Verfahrensschritt	Dauer	Ende des Verfahrensschrittes (= Wochen vor Fristablauf)
Beschluss der Dekanin / des Dekans	2 Wochen	10 Wochen
Prüfung des Verfahrens durch die zentrale Berufungsaufträge oder den zentralen Berufungsauftragten	2 Wochen	8 Wochen

(3) Wird festgestellt, dass die Juniorprofessorin oder der Juniorprofessor sich nicht bewährt hat, erhält sie oder er Gelegenheit zur Stellungnahme gegenüber der Dekanin oder dem Dekan. ²Das Angestellten- bzw. Beamtenverhältnis kann in diesem Fall gemäß § 46 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 BbgHG mit Zustimmung der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors um bis zu einem Jahr verlängert werden.

(4) Im Falle der Bewährung wird das Angestellten- bzw. Beamtenverhältnis auf insgesamt sechs Jahre verlängert.

(5) ¹Nach Abschluss des Bewährungsfeststellungsverfahrens erfolgt die Weitergabe aller Unterlagen an den Präsidenten oder die Präsidentin. ²Dieser oder diese beantragt bei der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde die Fortsetzung des Angestellten- bzw. Beamtenverhältnisses.

§ 26 Tenure Track

(1) Für sog. Tenure-Verfahren gelten die Regelungen der §§ 1 - 15 entsprechend, sofern nicht das BbgHG, die GO BTU oder diese Ordnung Abweichendes regeln.

(2) Das Tenure-Verfahren ist wie folgt durchzuführen:

a) ¹Zur Feststellung der Eignung wird der Juniorprofessor oder die Juniorprofessorin durch die nach § 6 gewählte BK zu einer hochschulöffentlichen Präsentation eingeladen. ²Anschließend benennt die BK zwei auf dem Berufungsgebiet anerkannte auswärtige Gutachter oder Gutachterinnen. ³Sie fordert die externen Gutachten mit dem Hinweis, sich zu etwaigen persönlichen oder dienstlichen Verbindungen zum Juniorprofessor oder zur Juniorprofessorin zu erklären, an.

- b) Nach Eingang der externen Gutachten fertigt die BK ein Gutachten zur Vorbereitung der Entscheidung über die Berufung des Juniorprofessors oder der Juniorprofessorin im Tenure-Verfahren an, welches die pädagogische Eignung sowie die wissenschaftlichen Leistungen des Juniorprofessors oder der Juniorprofessorin darstellt und beurteilt sowie eine ausführliche inhaltliche Auseinandersetzung mit den externen Gutachten enthält; § 10 Abs. 8 gilt entsprechend.
- c) Der FR stimmt über die Berufung ab; bei positivem Votum gilt § 10 Abs. 12 entsprechend.
- d) Der Präsident oder die Präsidentin legt das Tenure-Verfahren dem Senat zur Beschlussfassung vor, sofern eine ordnungsgemäße Durchführung nach § 11 Abs. 2 festgestellt wurde.
- e) Unter der Voraussetzung, dass im Tenure-Verfahren ein vorzügliches Gesamtbild der Leistungen des Juniorprofessors oder der Juniorprofessorin festgestellt wurde und der Senat zugestimmt hat, kann der Präsident oder die Präsidentin den Ruf erteilen.
- f) ¹Der Präsident oder die Präsidentin führt mit dem Rufinhaber oder der Rufinhaberin eine Berufungsverhandlung. ²Es gilt § 13 Abs. 2 bis 6.

Abschnitt 6: Verfahren zur Bestellung von Honorarprofessoren und Honorarprofessorinnen

§ 27 Allgemeine Regelungen

- (1) ¹Mit der Bestellung zum Honorarprofessor oder zur Honorarprofessorin ist die Berechtigung zur Führung der akademischen Bezeichnung "Professor" oder "Professorin" verbunden. ²Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet auf Antrag, ob die Bezeichnung auch nach der Verabschiedung geführt werden darf.
- (2) ¹Honorarprofessoren und Honorarprofessorinnen stehen in keinem Dienstverhältnis zur Hochschule. ²Die Bestellung zum Honorarprofessor oder zur Honorarprofessorin begründet weder einen Anspruch auf Dienst- oder Versorgungsbezüge noch eine Anwartschaft auf die Übertragung eines Amtes eines Professors oder einer Professorin.
- (3) ¹Die Honorarprofessur verpflichtet zu einer regelmäßigen Durchführung von Lehrveran-

staltungen. ²Der Präsident oder die Präsidentin regelt im Einvernehmen mit der Fakultät deren Umfang.

§ 28 Bestellungs Voraussetzungen

- (1) ¹Zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor kann bestellt werden, wer aufgrund hervorragender wissenschaftlicher oder künstlerischer Leistungen den Anforderungen entspricht, die an Professorinnen und Professoren gestellt werden. ²Die Bestellung setzt eine mehrjährige Lehrtätigkeit an einer Hochschule voraus. ³Von diesen Voraussetzungen kann bei besonderen wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen in einer mehrjährigen beruflichen Praxis abgesehen werden.
- (2) ¹Honorarprofessoren und Honorarprofessorinnen müssen die Gewähr dafür bieten, dass sie ihr fachliches Wissen und ihre beruflichen Kompetenzen in vorbildlicher Weise zum Nutzen der BTU einsetzen werden. ²Zum Honorarprofessor oder zur Honorarprofessorin darf nicht bestellt werden, wer hauptberuflich an der BTU tätig ist.

§ 29 Verfahren zur Bestellung

- (1) Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren werden auf Antrag der Fakultät nach Stellungnahme des Senats, der Gleichstellungsbeauftragten und ggf. der Schwerbehindertenvertretung von der Präsidentin oder dem Präsidenten bestellt.
- (2) ¹Auf Antrag einer Professorin oder eines Professors der Fakultät oder eines Mitglieds des FR wird das Verfahren vom FR im Einvernehmen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin eröffnet. ²Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
 - a) Lebenslauf mit wissenschaftlichem und beruflichem Werdegang des Vorgeschlagenen
 - b) Zeugnis und Urkunde über den Hochschulabschluss
 - c) Nachweis über die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit (in der Regel durch qualifizierte Promotion) oder über die besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeit
 - d) geeignete Nachweise über die mehrjährige Lehrtätigkeit an einer Hochschule
 - e) geeignete Nachweise über zusätzliche wissenschaftliche bzw. künstlerische Leistungen und/oder

f) geeignete Nachweise über besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens dreijährigen beruflichen Praxis, von der mindesten zwei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen.

(3) Der FR entscheidet anhand der eingereichten Unterlagen nach Würdigung der von der bzw. von dem Vorgeschlagenen erbrachten Leistungen über die Eröffnung des Verfahrens.

(4) Der FR stellt fest, ob der oder die Vorgeschlagene über die Voraussetzungen gem. § 41 Abs. 1 Nr. 4 lit. a oder b BbgHG bzw. beide verfügt.

(5) ¹Bei positiver Entscheidung des FR über die Eröffnung des Verfahrens holt die oder der Fakultätsratsvorsitzende zwei Gutachten von auf dem entsprechenden Fachgebiet anerkannten, unabhängigen, auswärtigen Wissenschaftlern bzw. Wissenschaftlerinnen oder Künstlern bzw. Künstlerinnen ein. ²Die Gutachter bzw. die Gutachterinnen verfügen je nach Feststellung der Fakultät gem. Abs. 4 über die Voraussetzungen nach § 41 Abs. 1 lit. a oder b BbgHG.

(6) Der FR lädt den Vorgeschlagenen oder die Vorgeschlagene zu einer hochschulöffentlichen Präsentation ein.

(7) ¹Der FR übergibt den Antrag nach Würdigung der vorgelegten Unterlagen, der Gutachten und der Präsentation mit einer Empfehlung über die Bestellung an die Dekanin oder den Dekan.

²Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

a) Unterlagen gem. Abs. 2

b) Empfehlung des FR mit Würdigung der bisher erbrachten Leistungen und Feststellung, ob der oder die Vorgeschlagene über die Voraussetzungen gem. § 41 Abs. 1 Nr. 4 lit. a oder b BbgHG bzw. beide verfügt

c) Gutachten.

(8) Der Dekan oder die Dekanin leitet dem Senat die Unterlagen mit

a) Stellungnahme und ausführlicher Begründung für die Einrichtung dieser Honorarprofessur und

b) Darlegung über die von der oder dem zu Bestellenden wahrzunehmenden wissenschaftlichen oder künstlerischen Aufgaben

zu.

(9) Der Senat gibt nach Einsichtnahme in die Unterlagen und nach der Berichterstattung durch die Dekanin oder den Dekan seine Stellungnahme ab. ²§ 10 Abs. 12 gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Beschlussfassung im FR die Stellungnahme des Senats tritt. ³§ 11 gilt entsprechend.

(10) Unter Würdigung der Aktenlage, der Empfehlung der Fakultät und der Stellungnahme des Senats entscheidet der Präsident oder die Präsidentin, ob der oder die Vorgeschlagene zum Honorarprofessor oder zur Honorarprofessorin bestellt wird.

(11) Die Bestellung wird mit der Aushändigung der Bestellsurkunde und des Bestellschreibens gegen Empfangsbestätigung wirksam.

§ 30 Antrittsvorlesung

Nach Aushändigung der Bestellsurkunde und des Bestellschreibens stellt sich der Honorarprofessor oder die Honorarprofessorin in Abstimmung mit der Dekanin oder dem Dekan der betreffenden Fakultät in einer öffentlichen Antrittsvorlesung vor.

§ 31 Stimmrecht und Beschlussfassung

(1) ¹Entscheidungsgremien im Verfahren sind der FR und der Senat. ²§ 14 Abs. 2, 3, 7 und 9 bis 12 gilt entsprechend.

(2) ¹Die Professorinnen und Professoren sowie Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, welche sich nach § 46 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 bewährt haben, verfügen über die Mehrheit der Stimmen. ²Darüber hinaus werden Beschlüsse in diesen Angelegenheiten mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. ³Diese Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt.

(3) Sofern der oder die Vorgeschlagene über die Qualifikation nach § 41 Abs. 1 Nr. 4 lit. a BbgHG verfügt, gilt § 8 Abs. 3 GO.

§ 32 Vertraulichkeit, Unbefangenheit

§ 15 gilt entsprechend.

§ 33 Rückgabe und Entziehung einer Honorarprofessur, Verabschiedung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren

(1) ¹Eine Honorarprofessur kann zurückgegeben werden. ²Der Honorarprofessor oder die Honorarprofessorin erklärt die Rückgabe gegenüber dem Präsidenten oder der Präsidentin unter Angabe der Gründe. ³Der Präsident oder die Präsidentin entscheidet auf Antrag, ob die akademische Bezeichnung weitergeführt werden darf.

(2) ¹Die Bestellung zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor kann durch die Präsidentin oder den Präsidenten nach Anhörung des FR und des Senats aufgehoben werden. ²Eine Aufhebung kommt insbesondere dann in Betracht, wenn die Honorarprofessorin oder der Honorarprofessor ihre oder seine Pflichten verletzt oder durch ihr oder sein Handeln dem Ansehen der Hochschule schadet. ³Dies ist z. B. gegeben, wenn in einem vergleichbaren beamtenrechtlichen Fall das Disziplinarrecht eine Beendigung des Beamtenverhältnisses zur Folge hätte.

Abschnitt 7: Exzellenzberufungen

§ 34 Voraussetzungen

(1) In Ausnahmefällen können aufgrund ihrer exzellenten Lehr- und Forschungsleistungen herausragend ausgewiesene Persönlichkeiten ohne Ausschreibung der Professur in einem außerordentlichen Berufungsverfahren berufen werden.

(2) Eine Exzellenzberufung soll insbesondere dann erfolgen, wenn es gilt, eine herausragende Persönlichkeit für den Aufbau oder die Profilierung eines im HEP ausgewiesenen Schwerpunkts zu gewinnen.

(3) Die aufgrund ihrer Lehr- und Forschungsleistung herausragende Persönlichkeit sollte international anerkannt und ihr Fachgebiet nachweislich weiterentwickelt oder herausragende Leistungen als Nachwuchswissenschaftler oder Nachwuchswissenschaftlerin erbracht haben.

§ 35 Verfahren

(1) Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet auf Vorschlag des Dekans oder der Dekanin über die Einleitung des außerordentlichen Berufungsverfahrens.

(2) Der Vorschlag des Dekans oder der Dekanin soll mindesten beinhalten:

- a) Lebenslauf mit wissenschaftlichem und beruflichem Werdegang des Vorgeschlagenen
- b) Zeugnis und Urkunde über den Hochschulabschluss
- c) Nachweis über die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit (in der Regel durch qualifizierte Promotion) oder über die besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeit
- d) geeignete Nachweise über die mehrjährige Lehrtätigkeit an einer Hochschule
- e) geeignete Nachweise über zusätzliche wissenschaftliche bzw. künstlerische Leistungen und/oder
- f) geeignete Nachweise über besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens dreijährigen beruflichen Praxis, von der mindesten zwei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen
- g) Begründung, inwiefern die Persönlichkeit die mit der zu besetzenden Professur verbundenen hohen Qualitätsstandards erfüllt und aufgrund ihrer Erfahrungen und bisherigen Leistungen offenkundig geeignet ist, das Profil der Fakultät und der Hochschule zu stärken
- h) Darlegung über die von der oder dem zu Bestellenden wahrzunehmenden wissenschaftlichen oder künstlerischen Aufgaben.

(3) ¹Zur Vorbereitung des Berufungsvorschlags wird eine BK gem. § 6 gewählt. ²Es gilt § 7 Abs. 4.

(4) Die BK tritt unverzüglich nach ihrer Wahl zusammen und legt einen verbindlichen Terminplan fest.

(5) Die BK lädt den Vorgeschlagenen oder die Vorgeschlagene zu einer hochschulöffentlichen Präsentation ein.

(6) ¹Nach erfolgter Prüfung der grundsätzlichen Eignung der oder des zu Berufenden holt die oder der Vorsitzende der BK mindestens vier Gutachten von auf dem Berufungsgebiet anerkannten auswärtigen, unabhängigen Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern oder Künstlern bzw. Künstlerinnen, von denen min-

destens zwei im Ausland tätig sein sollen, ein.

²Es gilt § 9 Abs. 2 bis 4.

³Die Gutachten müssen Aussagen darüber enthalten, ob die oder der Vorgeschlagene neben den Einstellungsvoraussetzungen nach § 41 BbgHG auch über exzellente Lehr- und Forschungsleistungen nach § 40 Abs. 8 Satz 1 BbgHG verfügt.

(7) ¹Die BK setzt sich mit den Gutachten inhaltlich auseinander und entscheidet über den Berufungsvorschlag. ²In dem Berufungsvorschlag hat die Berufungskommission zu begründen, inwiefern die Persönlichkeit die mit der zu besetzenden Professur verbundenen hohen Qualitätsstandards erfüllt und aufgrund ihrer Erfahrungen und bisherigen Leistungen offenkundig geeignet ist, das Profil der Fakultät und der Hochschule zu stärken. ³Die §§ 10 Abs. 8 bis 12 und 11 gelten entsprechend.

§ 36 Vertraulichkeit, Unbefangenheit

§ 15 gilt entsprechend.

§ 37 Außerordentliche Berufung

¹Der Präsident oder die Präsidentin erteilt nach Beschluss des FR und des Senats im Einvernehmen mit der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde den Ruf und führt die Berufungsverhandlung. ²In dem Ruferteilungsschreiben an die Vorgeschlagene oder den Vorgeschlagenen ist diese oder dieser über das weitere Verfahren zur Besetzung der Stelle an der BTU zu informieren und wird aufgefordert, sich innerhalb von zwei Wochen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin zwecks Vereinbarung eines Termins für die Berufungsverhandlung in Verbindung zu setzen. ³§ 13 gilt entsprechend.

Abschnitt 8: Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

§ 38 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

¹Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtlichen Mitteilungsblatt der BTU in Kraft. ²Gleichzeitig treten die bisherigen Berufsordnungen sowie die Satzungen bzgl. der Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren außer Kraft; abweichend hiervon gelten die alten Ordnungen für die Berufungsverfahren, die vor Inkrafttreten dieser Berufsordnung begonnen wurden, weiter.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Gründungssenats vom 22. Oktober 2015 sowie der Genehmigung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg vom 23. Februar 2016.

Cottbus, den 31. März 2016

In Vertretung

Prof. Dr. Christiane Hipp
hauptamtliche Vizepräsidentin für Forschung